

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXV/38

Bonn, den 26. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1a	<u>CDU/CSU redeten an der Sache vorbei</u>	55

Nach der Bundestagsdebatte über die Ost- und Deutschlandpolitik

3	<u>Wer mit wem?</u>	60
---	---------------------	----

Das Tandem Bertelsmann - Springer
Von Prof. Dr. Ulrich Lohmar, MdB.

4	<u>Wut und Zorn in der Schweiz</u>	45
---	------------------------------------	----

Reaktion auf Flugzeugattentate
Von Hermann Battaglia, Bern

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Der Herausforderung stellen
Der Internationale Frauentag 1970 steht
unter dem Motto "Freiheit und Frieden"

Das "klassenlose Krankenhaus" und was dahinter steckt
Bundesminister Käte Strobel unterstreicht gleichberechtigten
Anspruch aller Bundesbürger auf bestmögliche Krankenhausbehandlung

Die fleißigen ungeliebten Gäste
Gedanken zur "Woche der Brüderlichkeit"

CDU/CSU redeten an der Sache vorbei

Nach der Bundestagsdebatte über die Ost- und Deutschlandpolitik

G.M. - Man hatte erwartet und zum Teil auch gehofft, die Opposition im Bundestag werde die Debatte am Mittwoch über die deutsche Außenpolitik mit konkreten Hinweisen auf eigene neue Vorstellungen bereichern. Das ist nicht geschehen. Es sprachen zwar die Spitzenpolitiker der Unionsparteien, doch Spitzenleistungen brachten sie nicht zustande. Ob Barzel, Strauß oder Kiesinger - sie alle, teils mehr oder weniger elegant, erschöpften sich in Unkenrufen, Rückblicken auf die Vergangenheit und sehr nebelhaften Hinweisen auf das, was sie für unveränderbare Realitäten halten. Ist es Ignoranz oder einfach böser Wille - wer kann es sagen?

Es war auffallend, daß die Redner der CDU/CSU zwei Tatbestände nicht zur Kenntnis nehmen wollten:

- * 1. Daß die Bemühungen der Bundesregierung um eine konstruktive Ostpolitik, die von der Periode der Konfrontation zur Kooperation führen soll, weder von Brandt noch von Scheel noch von irgendeinem Redner der Regierungsparteien als ein von Illusionen begleiteter Weg gekennzeichnet wird.
- * 2. Daß diese Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel sehr systematisch im Einvernehmen mit den westlichen Verbündeten der Bundesrepublik und auf der Grundlage einer Festigung der bestehenden Allianzen (EWG und NATO) entwickelt wird.

Ohne diese beiden für jeden sichtbaren Grundelemente der deutschen Außenpolitik anzuerkennen, bleiben alle kritischen Bemerkungen der Opposition gegenstandslos. Hinzu kommt aber noch, daß die Opposition ihre Kritik mit Unterstellungen, überspitzten Zweifeln und einer Rei-

ne von Fiktionen anreicherte, die nicht mit den Realitäten der 70er Jahre in Einklang zu bringen sind.

Deshalb muß man sich fragen, worauf ein solches an der Sache vorbeireden der Opposition zurückzuführen sein mag. Am späten Abend hörte man in den Wandelgängen des Bundestages hierüber viele Vermutungen. Einmal wurde gesagt, die Meinungsverschiedenheiten zwischen einem großen Teil der CDU und der CSU seien so groß, daß es unmöglich erscheine, zwischen den verschiedenen Richtungen dieser beiden Parteien eine gemeinsame Konzeption zu finden. Dann heißt es, besonders Schröder beschwöre dauernd seine Parteifreunde, sie sollten bei ihrer Kritik an der Regierung Brandt/Scheel doch an die ganz offensichtliche Zustimmung zu der Ostpolitik der Bundesregierung in breiten Schichten unseres Volkes denken. Wieder andere glauben, innerhalb der CDU/CSU gebe es eine Gruppe von Abgeordneten, die um j e d e n Preis die Bundesregierung in Mißkredit bringen wolle, indem man ihr unterstelle, sie sei "national unzuverlässig".

An diese Gruppe mag wohl Herbert Wehner gedacht haben, als er am Ende der langen Debatte meinte, es habe sich doch wohl einiges geändert, denn ein früherer Bundeskanzler hätte sicher vom "Untergang Deutschlands" gesprochen, als Brandt und Scheel ihre Vorstellungen von einer aktiven deutschen Ostpolitik darlegten.

Die Regierung Brandt/Scheel ist entschlossen, den von ihr für richtig gehaltenen Weg konsequent weiterzugehen; ohne Illusionen, aber mit dem festen Willen, das Möglichste zu tun, um einen Beitrag zur Minderung der seit 25 Jahren bestehenden Spannungen zwischen Ost und West in Europa zu leisten.

+ . . . +

Wer mit wem?

Das Tandem Bertelsmann - Springer

Von Prof. Dr. Ulrich Lohmar, MdB

Die Nachricht wird nicht nur die APO verblüffen: Der Bertelsmann-Konzern soll einen wesentlichen Anteil der von Springer gegründeten Aktiengesellschaft des Hamburger Zeitungs-Imperiums gekauft haben. Wem wirtschaftliche Großgebilde schlechthin Anlaß zu Alpträumen sind, der wird natürlich im Hintergrund sofort den neuen Presseriesen Bertelsmann, Gruner und Jahr auftauchen sehen. Doch ein Blick auf die Größenordnungen anderer europäischer Zeitungskonzerne zeigt, daß hier keine Besonderheit vorliegt. Die durch neue technologische Entwicklungen, gerade für das Zeitungswesen, erforderlichen Investitionen werden in den nächsten Jahren so hoch sein, daß nur Großunternehmen oder kooperative wirtschaftliche Gebilde sie aufbringen können. Es sei denn, man rief den Staat zu Hilfe, was auch mehr als einen Nachteil hätte. Die Größe eines Konzerns ist also nicht das eigentliche politische Problem. Vielmehr geht es darum, welchen Standort ein Zeitungs-Großunternehmen auf dem Markt der Publizistik für sich zu gewinnen oder zu behaupten sucht.

Und genau an diesem Punkt hat ja in den letzten Jahren die Kritik an Axel Springer eingesetzt. Doch der Hamburger Verleger hat seine Landsleute schon des Öfteren steuern lassen. Sein Entschluß, seine vielen Zeitungsunternehmen in eine AG einzubringen und diese zugleich auf die politischen Grundsätze der Wiedervereinigung, der Hilfe für Israel, der sozialen Marktwirtschaft und der innenpolitischen Mitte festzulegen, hat ihm erst kürzlich herben Tadel eingetragen. Man sah darin einen Versuch, die Redakteure aller seiner Zeitungen für lange Zeit auf eine einheitliche politische Linie festzulegen. Sicher wird sich Springer mit seinem neuen Kompagnon Bertelsmann auch über die Problematik dieser politischen Prinzipien unterhalten haben, und gewiß müssen beide davon ausgehen, daß politische Richtsätze im Wandel der Zeiten jeweils neu präzisiert werden.

Man würde die wirtschaftliche Macht und die kühle Überlegung beider Vertragspartner wohl unterschätzen, wenn man annehmen wollte, daß hier der eine den anderen oder der andere den einen einfach vor seinen Kärrnen gespannt hätte - vorausgesetzt, es ist tatsächlich so, wie es

vermutenden Kooperation gekommen. Niemand weiß gegenwärtig, welche Politik Bertelsmann in der Zusammenarbeit mit Springer betreiben will. Doch lassen sich aus einigen Entwicklungen innerhalb des Gütersloher Unternehmens Schlüsse ziehen, wie man dort über wesentliche gesellschaftspolitische Fragen denkt. Nur wenige Wochen, nachdem im vorigen Herbst das erste Bündnis Bertelsmann mit Gruner und Jahr zustande kam, erhielt die Redaktion des "Stern" ein Statut, das den Journalisten einen weitgehenden Einfluß auf die Politik des Blattes sichert. Etwa zur gleichen Zeit beschloß Bertelsmann, eine Form der Beteiligung seiner Mitarbeiter am Ertrag einzuführen, die auf eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse abzielt. Will man beide Entscheidungen auf einen Nenner bringen, dann könnte man sagen, daß hier das Konzept eines demokratischen und sozialen Kapitalismus sichtbar wird, wobei man sich lange darüber unterhalten kann, ob das Ergebnis einer solchen Entwicklung mit dem Begriff "Kapitalismus" noch zureichend beschrieben wäre.

Der Bertelsmann-Konzern wird sich als Folge der Entscheidung, sein vorrangiges Arbeitsfeld in der Presse zu suchen, auf anderen Gebieten sicher Beschränkungen auferlegen müssen. Dafür sprechen nicht nur wirtschaftliche Überlegungen, sondern auch eine politische Selbstbescheidung. Wie man hört, wollen die Gütersloher sich vom Filmmarkt ganz zurückziehen und gegenüber allen Plänen, ein kommerzielles Fernsehen einzurichten, Zurückhaltung wahren.

Wie sich das auch alles entwickeln mag: Feststeht, daß die vermutete unternehmerische Auflockerung des Springer-Konzerns durch Bertelsmann die festgefahrenen Frontstellungen im deutschen Pressewesen vielleicht überwinden kann, eher und besser, als dies mit gesetzlichen oder anderen staatlichen Maßnahmen möglich wäre. Im übrigen gilt für solche wirtschaftlichen Kooperationen, wie die jetzt im Hinblick auf Springer und Bertelsmann diskutierte, das gleiche wie für jede Ehe: man kann erst nach einiger Zeit sagen, was aus der Sache wird.

Bis dahin sollte ein solches Experiment auf eine kritische, aber nicht unfreundliche Anteilnahme der Öffentlichkeit rechnen dürfen.

+ + +

Wut und Zorn in der Schweiz

Reaktion auf Flugzeugattentate

Von Hermann Battaglia, Bern

Kurz nach dem Absturz einer Swissair-Maschine wurden im Fremdenverkehrszentrum Luzern Plakate aufgehängt, auf denen ein Zutrittsverbot für Araber, die Ausweisung aller Araber aus dem Kanton sowie ein Aufnahmeverbot von Arabern in Hotels und bei Privaten gefordert wurden. In einer Primarschulklasse der Stadt Bern wurde ein Araberknabe von seinen Klassenkameraden verprügelt.

Das mögen Ausnahmen, Extremfälle sein. Sie spiegeln aber die Stimmung wider, die in weiten Kreisen des Schweizer Volkes herrscht: Obwohl bis zur Stunde noch nicht eindeutig bewiesen werden konnte, daß auf die Coronado ein Attentat verübt wurde, und man deshalb auch noch keine Schuldigen kennen kann, sind Wut und Zorn über "die Araber" ausgebrochen. Man erwartet und fordert härteste Maßnahmen. Nicht gegen einzelne mögliche Verbrecher, nicht gegen einzelne arabische Untergrundorganisationen, sondern gegen "die Araber". Daß man damit ebensowenig Unschuldige treffen würde, wie die Flugzeugattentäter - sofern es solche gibt -, scheint man nicht wahrhaben zu wollen.

Glücklicherweise hat die Regierung rasch, besonnen und trotzdem eindeutig reagiert. Sie lehnt es ab, allein aufgrund eines Verdachtes Sanktionen zu beschließen. Sie hat es aber ebenso abgelehnt, mit gewissen Vorkehrungen solange zu warten, bis die Absturzursache restlos geklärt ist. Sie hat ferner keine Zweifel darüber gelassen, daß sie unverzüglich weitere Maßnahmen beschließen würde, sofern die Untersuchung den Beweis für einen Sabotageakt ergeben würde.

Bei ihren Beschlüssen handelt es sich um Sicherheitsmaßnahmen, um die Einberufung einer internationalen Flugsicherheitskonferenz sowie um fremdenpolizeiliche Vorkehrungen. Eine verschärfte Überwachung der Flugplätze ist dringend erforderlich. Leider scheint sich zu bewahren, daß man in dieser Beziehung etwas nachlässig geworden ist, nachdem nach dem Überfall auf eine EL-AL-Maschine in Kloten einige wochenlang nichts mehr passierte. Zu wünschen wäre auch, daß man die juristischen Bedenken - daß sie falsch sind, kann leicht bewiesen werden - in bezug auf die Kontrolle der Flugpostsendungen aufgeben wird. Es genügt nicht, wenn nur das persönliche Gepäck sowie die Fracht kontrolliert werden.

Kommt dem Wunsch auf Einberufung einer Sicherheitskonferenz wohl am meisten Gewicht zu, so stellt die Wiedereinführung der Visapflicht für sämtliche arabische Staaten das heißeste Eisen dar. Diese Maßnahme stützt sich darauf, daß in letzter Zeit in der Schweiz und im Ausland durch Palästinenser Terrorakte begangen wurden. Da Palästinenser aber über keine nationalen Pässe verfügen, reisen sie mit solchen arabischer Staaten ein. Um sie genauer unter die Lupe nehmen zu können, müßte die Visapflicht auf alle arabischen Staaten ausgedehnt werden. Daß die Visapflicht wesentlich verschärft werden sollte, paßt natürlich auch gewissen Schweizer Kreisen - man denke nur an den Tourismus - nicht. Um die Ausführung der bundesrätlichen Vorschriften ist denn auch ein starkes Tauziehen entstanden.